

Hohenstein-Ernstthal-Grünthaler Tageblatt

Amtsblatt

Anzeiger



für
das Amtsgericht und den Stadtrat zu Hohenstein-Ernstthal.
Organ aller Gemeindeverwaltungen der umliegenden Ortschaften.

für
Hohenstein-Ernstthal mit Gattengrund, Oberlungwitz, Gersdorf, Gernsdorf, Bernsdorf, Mülsdorf, Langenberg, Meinsdorf, Falken, Reichenbach, Langenchursdorf, Callenberg, Grumbach, Tirschnitz, Ruhlsdorf, St. Egidien, Mühlentanne, Grünna, Mittelbach, Ursprung, Kirchberg, Erlbach, Pleißa und Ruhdorf.

Erscheint jeden Werktag abends für den folgenden Tag. Bezugspreis frei ins Haus vierteljährlich 9,75 Mk., monatlich 3,25 Mk. Durch die Post bei Abholung auf dem Postamt vierteljährlich 9,75 Mk., monatlich 3,25 Mk., frei ins Haus vierteljährlich 10,65 Mk., monatlich 3,65 Mk. Für die Rückgabe unverlangt eingesandter Schriftstücke wird keine Verbindlichkeit übernommen. Geschäftsstelle: Schulstraße Nr. 81. Briefe und Telegramme an das Amtsblatt Hohenstein-Ernstthal.

Kernsprecher Nr. 11.
Bankkonto: Chemnitzer Bankverein, Chemnitz.
Postfach-Konto: Leipzig 23464.

Der Anzeigenpreis beträgt in den obengenannten Orten für die sechsgehaltene Korpuszeit 50 Pfg., auswärts 60 Pfg., im Reklameteil 1,25 Pfg. Bei mehrmaligem Abdruck tarifmäßiger Nachschlag. Anzeigenaufgabe durch Kernsprecher schließt jedes Beschwerderecht aus. Bei zwangsweiser Einbringung der Anzeigengebühren durch Klage oder im Konkursfalle gelangt der volle Betrag unter Wegfall der bei sofortiger Bezahlung bewilligten Abzüge in Anrechnung.

Nr. 81

Freitag, 9. April 1920

70. Jahrg.

Die Anstiftung Frankreichs.

Immer mehr tritt zu Tage, daß der eigentliche Beweggrund, der Frankreich zu seinem rechtlosen Vorgehen gegen uns veranlaßt hat, auf der Angst beruht, die Frankreich immer noch vor unserer Wehrmacht und unseren angeblichen friedlichen Absichten hat. Es glaubt nicht der Versicherung unserer Regierungsstellen, es glaubt nicht, daß unsere schwache Truppenmacht im Ruhrrevier lediglich der Wiederherstellung der Ordnung dienen soll, es glaubt nicht, daß die Truppen so schnell als möglich das besetzte Gebiet wieder verlassen werden. Es will sich mit der Befehung des Westrandes ein Hauptstapel schaffen, um uns gegebenenfalls an die Gurgel fahren zu können und farbige Wilde scheinen ihm die passenden Kulturträger zu sein, um uns die französischen Begriffe von Recht beizubringen. Wir werden abzuwarten haben, ob Willkür wirklich, wie er versichert, seine Truppen sofort zurückzieht, sobald der letzte Mann der Reichswehr das Ruhrgebiet verlassen hat, oder ob er letzten Endes die Befehung des Rheinlandes zu einer dauernden machen will.

Die Haltung Italiens und Englands.

Der in London weilende italienische Minister des Auswärtigen Scialoja ist drähtlich aufgefordert worden, dem französischen Ministerialdirektor Pateologie mitzuteilen, Italien billigt das französische Vorgehen gegen Deutschland nicht, da die Ordnung der Wirren im Ruhrgebiet eine innere Angelegenheit Deutschlands sei. Gleichzeitig wird versichert, daß ein gemeinsamer offizieller Schritt Italiens und Englands in gleichem Sinne erfolgen soll. Die römische Presse rückt einmütig vom französischen Vorgehen gegen Deutschland ab und zieht scharfe Linien zwischen der französischen Auffassung und der italienischen Beurteilung der Lage. Soweit Frankreich allein in Betracht komme, könne es nicht gleichgültig sein, ob es, statt an der Versöhnung mitzuwirken, neuen Haß anhäufe. Bedenke man jedoch, daß Deutschland mit seinem energischen Vorgehen gegen die Räubersführer vielleicht Europa abermals vor dem Bolschewismus rette, so sei es eine Verpflichtung, zu erklären, daß Italien sich nicht nur desinteressiere, sondern das französische Vorgehen offen desavouiere.

Der „Telegraph“ meldet aus Paris, daß die Haltung der Bundesgenossen Frankreichs gegenüber dem Vordringen der französischen Truppen noch nicht geklärt ist. Die italienische Regierung soll die französische bereits haben wissen lassen, daß sie Versöhnungsversuche lieber gesehen hätte, als militärische Maßnahmen. Die Berichte aus Washington sind ebenfalls wenig befriedigend. Auf die direkte Unterstützung Amerikas hat Frankreich auf keinen Fall zu rechnen. Sogar von der belgischen Regierung erwartet man nicht, daß sie vorbehaltlos den Befehlüssen Frankreichs zustimmen werde. Der diplomatische Berichterstatter des „Evening Standard“ schreibt: Die Befehung Frankreichs und Darmstadts durch die Franzosen habe eine ernste Lage geschaffen, die in hohen diplomatischen Kreisen viel Besorgnis erweckt. Die Londoner „Times“ nennt das Vorgehen Frankreichs den richtigen Schritt. „Westminster Gazette“ bedauert die Handlungsweise der Franzosen und erblickt darin einen Beweis, daß die Alliierten die Frage nicht gemeinsam lösen können. Wie „Telegraph“ aus London meldet, ist die Ansicht der amerikanischen Presse über den Vormarsch der französischen Truppen geteilt.

Telegramme aus Washington teilen mit, der englisch-amerikanische Vertrag zum Schutze Frankreichs gegen einen eventuellen deutschen Angriff auf Frankreich, der gegenwärtig im Senat zur Ratifizierung vorliegt, wird vom Senat nach Ansicht maßgebender Kreise abgelehnt werden, wenn Frankreich im Ruhrgebiet eine militärische Aktion unternehmen sollte. Wenn Amerika diesen Vertrag ablehnt, so ist England ebenfalls nicht mehr daran gebunden.

Die Vereinigten Staaten und die Befehung

Die „Agence Havas“ meldet aus Washington: Der französische Botschafter Jufferand übergab am Montag die französische Note, in der die Regierung der Vereinigten Staaten um

ihre Meinungsäußerung zur Befehung von Städten des rechten Rheinufers ersucht wird. In unterrichteten Kreisen heißt es, von der Regierung sei darauf bis jetzt noch keine Antwort gegeben worden. Es sei auch wenig wahrscheinlich, daß eine solche überhaupt erfolgen werde.

Der Eindruck in Holland.

Zum französischen Vormarsch schreibt der „Nieuwe Rotterdamse Courant“: Formell ist die französische Regierung im Recht, wenn auch im Hinblick auf die möglichen moralischen Folgen in der Tat bezweifelhaft werden kann, ob sie verständig gehandelt hat. Das „Algemeene Handelsblad“ legt ausführlich dar, daß Deutschland getan habe, was es unter dem Zwange der Umstände hätte tun müssen.

Wie Frankreich die deutsche Truppenstärke im Ruhrgebiet berechnet

Aus Paris wird gemeldet, daß die französische Regierung die Truppenstärke, die sich im Ruhrgebiet befindet, folgendermaßen berechnet: Die Truppen, die bei Wunsted stehen und auf Essen und Mülheim marschieren, umfassen 14 Bataillone, 4 Eskadrons, und 13 Batterien, zusammen 20 000 Mann. Dazu kommen die Truppen, die sich der Stadt Duisburg und Ruhrort bemächtigt haben, ferner 30 000 Mann, die gemäß der Note vom 9. August 1919 als Polizeitruppen in der neutralen Zone bleiben dürfen, im ganzen also 100 000 Mann deutscher Truppen, die sich auf dem rechten Rheinufer befinden, das nach dem Versailler Friedensvertrage vollkommen frei von deutschen Truppen bleiben soll. Diesen 100 000 Mann stehen „nur 10 000 Spanntalisten“ gegenüber.

Die Franzosen richten sich häuslich ein.

Die französischen Militärbehörden in Frankfurt a. M. fordern für 230 Offiziere bzw. Offiziersfamilien Bürgerquartiere, was darauf schließen läßt, daß sich die französische Befehung auf längere Verweilen in Frankfurt einrichtet.

Der Einmarsch der farbigen Franzosen.

Aus Darmstadt wird vom 7. April gemeldet: Während des ganzen gestrigen Tages davor der Einmarsch französischer Truppen in Frankfurt, Darmstadt und Hanau fort. Ebenso sind französische Streitkräfte in Offenbach und in Königstein eingerückt. Der Durchmarsch durch die abgeperrten Hauptstraßen war um die Mittagszeit noch nicht beendet. Während des Einmarsches mußte der Straßenbahnverkehr auf verschiedenen Linien eingestellt werden. Zwischenfälle haben sich nicht ereignet, da die Bevölkerung ein sehr korrektes Verhalten zeigte. Die Truppen wurden sofort in die Kasernen geleitet, die einige Stunden zuvor von der Reichswehr geräumt waren. Im Laufe des Mittags fanden zahlreiche Verhandlungen statt zwischen dem Kommandeur der Besatzungstruppen und dem Frankfurter Magistrat. Dem letzteren wurde es zur Aufgabe gemacht, in möglichst kurzer Zeit genügende Unterkunftsräume für die Besatzungstruppen bereitzustellen und für die Verpflegung der Truppen Sorge zu tragen. Weiter wird berichtet, daß sich der Oberbürgermeister von Frankfurt für die Ruhe und Sicherheit der Stadt verbürgen mußte. Heute erwartet man in Frankfurt den Oberkommandierenden der Rheinarmee, General Degoutte, und Marschall Foch. Die Besatzungstruppen setzen sich zu einem großen Teile, in Darmstadt fast ausschließlich, aus farbigen Streitkräften — Marokkanern und Senegalesern — zusammen, die in den Ostlagern in auffälliger Stille in der Pfalz, im Rheinland und im Elsaß zusammengezogen worden waren. Die

Stimmung unter den fremden Truppen scheint recht gut zu sein, denn die Soldaten scheinen den Vormarsch schon aus Neugierde nicht ungern unternommen zu haben. Die Unterbindung des Eisenbahnverkehrs zwischen Süd- und Norddeutschland wird als sehr hart empfunden. Die Post aus Frankfurt, Darmstadt und Berlin ist heute in Baden ausgeblieben. Auch ist die Abreise der meisten Personen, die sich in Frankfurt befinden, augenblicklich noch nicht möglich. Man hofft jedoch auf rasche Wilerdung der für das Wirtschaftsleben so außerordentlich einschneidenden Zustände. Heute sollen die Zeitungen, ausgenommen die „Frankfurter Zeitung“, unter Zensur wieder erscheinen. Die Briefzensur ist angeordnet worden. Der drahlische Verkehr bleibt vorläufig gesperrt. Die Sicherheitspolizei wurde entwaffnet, während die blaue Polizei ihren Dienst weiter versieht.

Wiltiger Zusammenstoß in Frankfurt

Am Mittwoch nachmittag kam es in Frankfurt a. M. an der Hauptwache im Zentrum der Stadt zu einem Zusammenstoß zwischen den Besatzungstruppen und der Bevölkerung. Zahlreiche Männer, Frauen und Kinder umdrängten die Marokkaner, die auf dem Schillerplatz Posten gefaßt haben, und schließlich fingen die Marokkaner an, auf die Menge zu feuern. Dabei wurde ein 13jähriger Junge sofort getötet, ungefähr 20 Personen größtenteils schwer verletzt. Auch in der Kaiserstraße fingen die französischen Soldaten an zu schießen, wobei ein 13jähriger Junge schwere Schusswunden davontrug.

General Rollet gegen die Einwohnerwehren.

Der französische Kommissar General Rollet hat in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der internationalen militärischen Kontrollkommission der deutschen Regierung eine Note überreicht, in der es heißt: Es ist bemerkt worden, daß die Auflösung der Reichswehr-Freiwilligen, was die Einwohnerwehren anbelangt, so legt die internationalen Kontrollkommission Wert darauf, die folgenden Punkte zu präzisieren: Die Einwohnerwehren können, obwohl sie sich mit dem Charakter von rein zivilen Organisationen zu umkleiden versuchen, nicht mehr gestattet werden, welches auch immer ihre Rolle für die Aufrechterhaltung der Ordnung im Innern sein mag, da ihre Bewaffnung, Eingliederung und Stärke unbestimmbar eine Mobilisation begünstigen, die nach dem Friedensvertrage verboten ist und die Einwohnerwehren im Widerspruch zu den Bestimmungen der Artikel 156, 165, 175, 177 und 178 des Friedensvertrages stehen. Die Note sagt dann weiter, daß der 10. April 1920 als äußerste Grenze für die Ausführung der Entscheidung des 1. Dezember 1919 bestimmt ist.

Die Lage im Ruhrrevier.

Wie aus Berlin von amtlicher Stelle gemeldet wird, sind die Regierungstruppen am Mittwoch morgen in Essen eingerückt. Es herrscht vollkommene Ruhe, überall wird gearbeitet, auch der Eisenbahnverkehr ist aufgenommen. Das gleiche gilt von Dortmund, wo das Militär im allgemeinen freundlich begrüßt worden ist. Durch Elberfeld und Barmen ziehen große Truppen der Roten Armee, zum Teil schon ohne Waffen. Auch nach Köln und Solingen sind viele Wälder geflüchtet. Soweit sie noch Waffen tragen, werden sie dort von den Engländern entwaffnet. Im allgemeinen ist die Waffenabgabe noch sehr mangelhaft. In allen von den Truppen besetzten Orten wird neue Polizei aufgestellt. Aus Hagen sind heute nacht vier- bis fünfhundert Aufständische nach Remscheid und Solingen abgezogen. Unterwegs schloßen sich ihnen 1800 bis 2000 Mann an. Eine andere Gruppe erzielt Zugang aus Iserlohn und Lüdenscheid. Auch sie wird entwaffnet werden. Die Leute führen Wagen, Geschirre und Pferde, die sie vom Korps Lichtschlag erbeuteten, mit sich, haben aber sonst in Hagen keine Gewalttätigkeiten begangen. Dagegen wurden in Schwelm Geld und Lebensmittel, wenn auch nicht in großen Mengen, erpreßt. In Solingen ist der Zu-

strom von Flüchtlingen aus dem Ruhrrevier äußerst stark. Am ersten Tage waren es fünfhundert, am zweiten tausend, am dritten zweitausend Personen. Da die Stadt diesem Menschenandrang nicht gewachsen ist, werden die Flüchtlinge nach Köln abgeschoben.

Die Verluste der Reichswehrtruppen.

Die bisherigen Gesamtverluste der Reichswehrtruppen im Ruhrgebiet beziffern sich auf 170 Tote, rund 350 Verwundete und 120 Vermißte. Da die Vermißten nach den bisherigen Erfahrungen zu den Toten gezählt werden können, müssen die Verluste der Reichswehr als sehr schwer bezeichnet werden. Der Prozentsatz der gefallenen und verwundeten Offiziere, der in der Verlustliste mit eingerechnet ist, ist außerordentlich hoch.

Radel und Levin in Dortmund.

Nach Meldungen, die aus zuverlässiger Quelle aus dem Ruhrrevier in Berlin eingegangen sind, haben die russischen Bolschewisten Radel und Levin am Montag in Dortmund an einer Sitzung der Kampfleitung des Roten Zentralrates teilgenommen. Radel soll hierbei die Kampfleitung zur Fortsetzung des Kampfes ermuntert haben, worauf denn auch die Fortsetzung des Kampfes beschlossen wurde.

Einberufung der Nationalversammlung?

In der Reichsanzlei haben am Dienstagabend Besprechungen zwischen dem Reichsminister und den Parteiführern stattgefunden, die sich vor allem auf die politische Lage, die durch das Vorgehen der Franzosen herbeigeführt worden ist, erstreckte. In der Besprechung wurde auch die Möglichkeit erörtert, die Nationalversammlung, die erst Mitte nächster Woche zusammenzutreten sollte, noch für Ende dieses Monats zusammenberufen.

Die Arbeiten der Nationalversammlung.

Wie wir hören, besteht zwischen Regierung und Mehrheitspartei Einverständnis, die Arbeiten der Nationalversammlung unbedingt bis zum 25. April abzuschließen, um sofort nach diesem Termine mit der Wahlpropaganda zu beginnen. Eine weitere Tagung verbietet sich, weil alsdann nicht mehr mit beschlußfähigen Häusern gerechnet werden kann. Zur Erledigung in der April-Tagung kommen nur noch Beamtenreform, Eisenbahnverrechnungsvorlage, Wahlgesetz, Entwurf über Volksentscheid und Volksbegehren, Reichsheimstättengesetz und einige kleinere Vorlagen. Die noch nicht erledigten Steuervorlagen bleiben zunächst unerledigt und werden dem neuen Reichstage vorgelegt. Das Reichspostministerium legt Wert auf die Verabschiedung seiner Tarifvorlage, die es der Nationalversammlung noch bis zum 14. April vorkommen will, um seine erheblichen Defizite zu bedenken. Es ist aber zweifelhaft, ob die Nationalversammlung diesem Wunsch nachkommen wird. Die Annahme des Telephon-Rautensantrages begegnet großen Schwierigkeiten. Ueber die Erledigung der Wahlgesetze werden die Mehrheitsparteien Mitte April Besprechungen über die provisorische Regelung abhalten und die definitive Regelung dem neuen Reichstag überlassen. Die Regierung trägt sich mit der Absicht, den neugewählten Reichstag noch im Juni zu einer kurzen Tagung einzuberufen. Die Auflösung der Nationalversammlung soll erst kurz vor dem Wahltermin ausgesprochen werden.

Die Reform der Beamtenbesoldung.

Das Besoldungsgesetz veranlaßt eine jährliche Mehrbelastung der Reichskasse gegenüber der Vorkriegszeit um 3,5 Milliarden Mark, unter Hinzurechnung der Mehrausgaben für Pensionen usw. von 4,2 Milliarden. Diese enorme Ausgabensteigerung entfällt etwa zur Hälfte auf die Übernahme der Besoldung der bayerischen und württembergischen Post- und Telegraphenbeamten, sowie der Zoll- und Steuerbeamten und der Eisenbahnbeamten der Länder auf das Reich, wobei zu berücksichtigen ist, daß aus der Übernahme dieser Verwaltungen einzuweisen dem Reich Mehreinnahmen nicht zufließen, daß vielmehr die Eisenbahnen und die Post- und Telegraphenverwaltungen mit einer Unterbilanz arbeiten. Die andere Hälfte der Mehrausgaben